

II.

Einzelanalysen

Zusammenfassungen der Einzelbeiträge

1.1. Jerusalem: Zu heilig für den Frieden? (Margret Johannsen)

In den Verhandlungen zur Beilegung des Palästinakonflikts konnten Israelis wie Palästinenser keine Einigung über den künftigen Status Jerusalems erzielen. Beide beanspruchen Jerusalem als Hauptstadt ihres Staates und begründen dies mit historischen Rechten. Für Israel ist die Stadt seit König David die Hauptstadt des jüdischen Staates, während sie für die Palästinenser den Triumph Saladins über die Kreuzritter verkörpert. Politischen Kompromissen steht auf beiden Seiten die Verknüpfung von nationaler und religiöser Symbolik entgegen, die eine Teilung der Souveränität nicht zuzulassen scheint. So lange die Ausschließlichkeit der Ansprüche fortbesteht, wird der Streit über den Status der Stadt eine endgültige Konfliktregelung blockieren. Künftige Verhandlungen sollten Jerusalem darum zunächst ausklammern und Lösungen bei weniger symbolträchtigen Themen suchen.

1.2. Das Scheitern des Oslo-Friedensprozesses (Berthold Meyer)

Das Scheitern des 1993 begonnenen Friedensprozesses zwischen Israelis und Palästinensern im Herbst 2000 hat einige Gründe, die in den absichtlich unklar gehaltenen Formulierungen der Vereinbarungen von Oslo und in der asymmetrischen Machtverteilung zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde liegen. Darüber hinaus ist es der Diskrepanz zwischen dem Zeitdruck für das Endstatus-Abkommen und der Kompromissunfähigkeit beider Seiten in den Fragen des Rückkehrrechts der Flüchtlinge und der Aufgabe von Siedlungen geschuldet. Bei anderen Problemen wären "kreative Lösungen" mit einigem guten Willen möglich. Ob und wann beide Konfliktparteien zu diesem (zurück-)finden, ist gegenwärtig nicht abzusehen. Das hängt auch davon ab, inwieweit die USA oder andere Mächte bereit sind, die Rolle eines "ehrlichen Maklers" zu übernehmen und sich dafür zu engagieren.

1.3. Pragmatischer Zorn – Die arabischen Staaten und der Palästinakonflikt (Volker Perthes)

Die israelisch-palästinensischen Auseinandersetzungen stellen einen Test für die politischen und diplomatischen Fähigkeiten der arabischen Staaten dar: Es gilt, die notwendige Solidarität mit dem palästinensischen Volk zu zeigen und der eigenen Bevölkerung Raum für den Ausdruck ihres Zorns über Israel und die pro-israelische Politik der USA zu gewähren, ohne dabei im Innern islamistische und andere oppositionelle Kräfte zu stärken. Es gilt aber auch, einen völligen Zusammenbruch des Friedensprozesses oder gar eine regionale Ausweitung der Auseinandersetzungen zu vermeiden. Einen Abschluss des Friedensprozesses erwarten die arabischen Staaten spätestens seit der Wahl Sharons nicht kurz-, sondern eher mittel- bis langfristig. Das schafft mehr Zeit, die eigene Wirtschaft und Gesellschaft auf die erwartete regionale Integration Israels vorzubereiten.

1.4. Die USA und Europa im Nahen Osten: Konkurrenz oder Komplementarität? (Bernhard J. Trautner)

Die Vermittlerrollen der USA und der EU basieren auf verschiedenen Sicherheitskonzepten. Die außenpolitisch-militärstrategisch ausgerichtete Strategie der USA und die ökonomisch-zivilgesellschaftlich orientierte Strategie der EU könnten einander ergänzen. Doch ein Wille zur Koordination ist nicht zu erkennen. Eine komplementäre Wirkung ist zudem blockiert, weil beide der politischen Parteinahme verdächtigt werden. Die Europäer erscheinen als Patron arabischer Interessen, die USA als Patron Israels. Beides ist jedoch nicht Ausdruck festfügter Eigeninteressen und daher veränderbar. Allerdings erschwert es die Struktur der EU, überhaupt zu einer gemeinsamen politischen Haltung zu gelangen. Eine politische Ausdifferenzierung der jüdischen Diaspora in den USA hingegen könnte die amerikanische Nahostpolitik im Sinne einer ausgewogeneren Haltung verändern.

1.5. Jordan, Euphrat, Nil: Konflikt oder Kooperation? (Jörg Barandat / Simon A. Mason / Ulrich Ratsch)

In ariden und semiariden Regionen ist Wasser ein eigenständiger und die wirtschaftlichen Aktivitäten begrenzender Produktionsfaktor. Der steigende Wasserbedarf der zehn Anrainerstaaten des Nil wird eine gerechte Verteilung zunehmend erschweren. Insbesondere Äthiopien und Ägypten liegen im Konflikt. Zwischen der Türkei, Syrien und Irak gibt es Spannungen wegen der Nutzung von Euphrat und Tigris. Das Südost-Anatolien-Projekt der Türkei ist der Stein des Anstoßes. Im Jordanbecken konkurrieren Syrien, Jordanien, Israel und die Palästinenser um das Wasser von Jordan und Yarmuk. Palästinenser und Israelis streiten außerdem um die Nutzung des Grundwassers der Westbank und des Gazastreifens. Trotz aller Unterschiede ist den drei Fällen gemeinsam, dass nur international kooperative Lösungen eine Verschärfung der Konflikte verhindern können.

2.1 Mehr Muskeln für die UNO – Reformpläne zur Friedenssicherung (Thorsten Stodiek)

Die UN-Friedensmissionen der neunziger Jahre haben schwerwiegende Defizite bei Beschlussfassung, Planung und Durchführung offenbart. Der Brahimi-Report des Jahres 2000 macht hierzu wegweisende Reformvorschläge. Er postuliert die notwendige Stärkung und Effektivierung aller an der Planung und Durchführung von Friedensmissionen beteiligten UN-Abteilungen sowie den dringend gebotenen Ausbau des *UN Standby Arrangement System*. Vom Sicherheitsrat fordert er die Vergabe klarer Missionsmandate, die sich an realistischen Szenarien orientieren und die robuste Durchsetzung der Missionsziele vorsehen. Dazu bedarf es Friedenstruppen, die sich quantitativ wie qualitativ von schwachen Blauhelmen signifikant unterscheiden. Für die Realisierung der Reformvorschläge wird es entscheidend sein, ob die Staatengemeinschaft ihren zustimmenden Worten auch Taten folgen lässt.

2.2. Die Kommerzialisierung von Gewalt – Zur Ökonomie der Bürgerkriege (Herbert Wulf / Wolf-Christian Paes)

Die Diskussion über die Ursachen bewaffneter Konflikte ist in jüngerer Zeit durch empirische Studien, u.a. seitens der Weltbank, zu den ökonomischen Grundlagen bewaffneter Konflikte bereichert worden. Die uns oft irrational erscheinenden Kriege werden nicht etwa entgegen aller Vernunft der Beteiligten geführt, sondern weil sich ihre Protagonisten aus ihrer Sicht wirtschaftlich rational verhalten und von Krieg und Gewalt profitieren. Die Kriege in Angola und in der Demokratischen Republik Kongo sind Beispiele dafür, dass ökonomische Ursachen für die Fortführung und Verlängerung von Kriegen durchaus relevant sind. Für mögliche Strategien zu ihrer Beendigung bedeutet diese Erkenntnis, dass es gilt, kurzfristig die Geldquellen der bewaffneten Gruppen auszutrocknen und langfristig ökonomische Aufstiegschancen außerhalb der Gewaltökonomien zu schaffen.

2.3. Globale Einsichten und nationale Interessen – Klimaschutz nach der Konferenz von Den Haag (Hans Diefenbacher)

Die überraschende Weigerung der USA, das Protokoll von Kyoto weiter als Grundlage für die Fortsetzung der internationalen Klimaschutzverhandlungen anzuerkennen, hat die Krise der Klimapolitik deutlich verschärft. Bei einer Wiederaufnahme der Konferenz von Den Haag, die für den Juli 2001 in Bonn geplant ist, muss versucht werden, strittige Punkte beim Emissionshandel, der Berücksichtigung von Kohlendioxid-Senken und beim Transfer von Energie-Technologien zu klären. Darüber hinaus ist es notwendig, Klimaschutzpolitik auch im Rahmen nationaler Strategien fortzusetzen, auf der internationalen Ebene auch andere Lösungen wie die Einrichtung eines Klimaschutz-Fonds zu diskutieren und eine Fortführung der globalen Politik notfalls auch ohne die USA zu planen.

2.4. Armutsbekämpfung als Testfall für Global Governance (Walter Eberlei)

Über eine Milliarde Menschen leben weltweit in absoluter Armut. In Sub-Sahara Afrika stirbt jedes siebte Kind vor Erreichung seines fünften Lebensjahres. Die Wirtschaftsentwicklung des afrikanischen Kontinents stagniert seit 20 Jahren. Der UN-Weltsozialgipfel in Kopenhagen forderte 1995 die koordinierte und konzentrierte Bekämpfung dieser globalen Geißel. Fünf Jahre später erklärte die UN-Millenniumsvollversammlung die Halbierung des Anteils in absoluter Armut lebender Menschen bis zum Jahr 2015 zu einem der zentralen Ziele der Weltgemeinschaft. Mit den neuen *Poverty Reduction Strategies* finden diese Deklarationen ein operatives Instrument in den ärmsten Ländern, vor allem Sub-Sahara Afrikas. Armutsbekämpfung könnte zu einem der ersten ernsthaften Testfälle für eine neue Qualität internationaler Politik werden, für *Global Governance*.

2.5. Vier Versuche, Entwicklung und Frieden zu messen (Michael Brzoska / Christoph Rohloff / Stefan Wilhelmy)

Indikatoren und Indizes sind in der Diskussion über nachhaltige Entwicklung mittlerweile fest verankert, in der Friedens- und Konfliktforschung gewinnen sie ebenfalls an Bedeutung. In zahlreichen Ansätzen wird versucht, komplexe soziale Beziehungen und Entwicklungen mit Hilfe quantitativer Methoden zu beschreiben und zu analysieren. 1) das Indikatorensystem der UN Kommission für nachhaltige Entwicklung, 2) ein von der FEST entwickeltes System zur Messung lokaler Nachhaltigkeit, 3) das KOSIMO-Konfliktbarometer und 4) der Abrüstungs- und Konversionsindex BIC3D. Es wird deutlich, dass Quantifizierungen zwar erhebliche Daten-, Auswahl- und Interpretationsprobleme aufwerfen, ihr Einsatz aber trotzdem sinnvoll ist, um komplexe soziale, ökonomische und ökologische Zusammenhänge zu analysieren.

3.1. Staatszerfall am Hindukusch – Afghanistan und die “islamistische Internationale” (Gunter Schubert)

Durch die Zerstörung zweier kostbarer Buddha-Statuen in der Provinzhauptstadt Bamiyan rückte der Afghanistankrieg wieder in das Bewusstsein der internationalen Öffentlichkeit. Sein Ende ist auch zwölf Jahre nach der sowjetischen Besatzungszeit nicht in Sicht. Daran sind nicht zuletzt externe Interessen schuld, die diesen Krieg als Teil einer geostrategischen Auseinandersetzung um Macht und Öl in Zentralasien begreifen. Die Implosion des Staates hat der Entstehung eines Netzwerkes von islamistischen Untergrundkämpfern und Terroristen Vorschub geleistet, die von afghanischem Boden aus international operieren. Die Erfolgsaussichten der gegen Afghanistan verhängten Sanktionen der UNO müssen skeptisch beurteilt werden. Scheitern sie, dürfte die Strategie einer internationalen Isolierung der Taliban nicht mehr lange aufrechterhalten werden können.

3.2. “Sonnenschein” über Korea: Mehr Schatten als Licht (Hans J. Gießmann)

Der Aussöhnungsprozess auf der koreanischen Halbinsel stockt. Die Euphorie nach dem ersten Gipfeltreffen zwischen Nord und Süd und dem Wiedersehen von Angehörigen auseinander gerissener Familien ist verflogen. Die neue amerikanische Administration ist zur “Schurkenstaat”-Rhetorik zurückgekehrt; von den USA ist vorerst keine Unterstützung für die Fortführung der Annäherung zu erwarten. Kritische Fragen bleiben ungelöst: Ist die Öffnungspolitik der nordkoreanischen Führung glaubwürdig und wird sie von Dauer sein? Werden die massiven Bestände an Truppen und Rüstungen auf beiden Seiten abgebaut? Wird ein weiterer Annäherungsprozess durch die umliegenden Mächte USA, Japan, China und Russland unterstützt? Die “Sonnenscheinpolitik” des Friedensnobelpreisträgers Kim Dae-Jung ist gefährdet, sollten nicht auf alle drei Fragen konstruktive Antworten gefunden werden.

3.3. Indonesien: Ein verlorenes Jahr (Peter Kreuzer)

Eine wachsende Staatsverschuldung, ein beständig sinkender Kurs der Landeswährung, geringe ökonomische Wachstumsraten und eine deutliche Verschlechterung sozialer Indikatoren sowie ein hohes Maß kollektiver Gewalt und daraus resultierende große Flüchtlingsströme bilden den Hintergrund, vor dem eine zerstrittene und weitgehend ohnmächtige politische Führung agiert. Diese hat bislang keinerlei politische Initiativen gegen die in vielen Teilen des Landes endemische Gewalt entwickelt. Die Instrumente ihrer Bekämpfung, die Sicherheitskräfte, sind wegen ihres oft brutalen Vorgehens diskreditiert und aufgrund institutionellen Zerfalls vielfach selbst Teil des Problems. Derzeit ist weder eine signifikante Verbesserung der wirtschaftlichen Situation noch ein Abklingen von Unruhen, Massakern, Lynchjustiz und terroristischen Aktivitäten in Sicht.

3.4. Menschlich katastrophal, politisch wirkungslos – Zehn Jahre Wirtschaftssanktionen gegen den Irak (Hans C. Graf Sponeck)

Die Bevölkerung des Irak ist doppelt gestraft: mit dem diktatorischen Regime des Saddam Hussein und mit einer humanitären Katastrophe. Das zweite dieser Übel muss sich die internationale Politik zurechnen lassen. Seit dem Golfkrieg unterliegt der Erdölstaat einem umfassenden Handels- und Finanzembargo. Es soll die Erfüllung der Entwaffnungsbestimmungen erzwingen, die dem Irak nach dem Überfall auf seinen Nachbarn Kuwait auferlegt wurden. Dieser Zweck ist bis heute nur unvollständig erreicht. Gleichwohl dauert das Embargo im nunmehr elften Jahr an. Die unmittelbaren Sanktionsfolgen – der Zusammenbruch von Wirtschaft, Bildungssystem und Gesundheitswesen, Hunger und Massenarmut, hohe Kindersterblichkeit und sinkende Lebenserwartung – treffen in voller Härte die Zivilbevölkerung. Das 1995 eingerichtete Programm "Öl für Nahrung" kann daran nichts grundlegend ändern.

3.5. Ambivalenter Frieden: Hält das nordirische Abkommen, was es verspricht? (Corinna Hauswedell)

Der Frieden in Nordirland ist nach wie vor labil. Seit fast einem Jahr regieren Protestanten und Katholiken in Belfast gemeinsam, und doch trauen sich die Hauptkontrahenten nicht über den Weg. Vielfältige Formen der Gewalt, eine Mischung von dissidenten Störfeuern, internen Differenzen und Alltagskriminalität, verweisen auf ungelöste Probleme vor allem im Bereich der Sicherheit. Die Initiative der IRA, ihre Waffenarsenale internationalen Inspektoren zu zeigen, war bedeutsam, hat aber die Forderung nach *Decommissioning*, d.h. nach der Abrüstung der paramilitärischen Waffen, nicht erledigt. Inzwischen steht die Einführung einer neuen Polizeistruktur im Zentrum und die drei kontroversen Themen *Decommissioning*, Demilitarisierung und Polizeireform werden als Paket verhandelt – mit offenem Ausgang vor den britischen und nordirischen Wahlen im Frühsommer.

4.1. Erweiterungsfähig, aber nicht handlungsfähiger: Die EU nach Nizza (Wolfgang Brauner / Matthias Dembinski)

Das Spannungsverhältnis zwischen der Notwendigkeit, vor der Erweiterung die Handlungsfähigkeit der EU erhöhen und ihre Legitimitätspolitische Grundlage zu sichern, wurde auf dem Gipfel in Nizza nicht aufgelöst. Dies wird wohl auch der Post-Nizza-Prozess, der eine weitere Regierungskonferenz zur Reform der EU einleiten soll, nicht leisten können. Der Erwartung, die EU ließe sich umfassend reformieren und in eine schlanke, die Autonomie ihrer Mitglieder schonende Föderation umbauen, wie sie etwa Außenminister Fischer in seiner Humboldt-Rede formulierte, sollte mit Skepsis begegnet werden. Die EU wird ein Konkordanz- und Verhandlungsregime bleiben, das auf den Konsens seiner Mitglieder angewiesen ist. Das bedeutet nicht, dass die EU an der Osterweiterung scheitern, wohl aber, dass sie ihren Anspruch auf politische Gestaltungsfähigkeit reduzieren muss.

4.2. Friedensmacht Europa? Die EU auf der Suche nach einem außen- und sicherheitspolitischen Leitbild (Hans-Georg Ehrhart)

Die EU ist dabei, eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwickeln, ihr fehlt jedoch ein gemeinsames Leitbild. Ohne Leitbild können die unterschiedlichen Interessen nicht zu einer gemeinsamen Politik zusammengeführt werden, denn Akteure konstituieren sich selbst und ihre Interessen erst durch Ideen und Weltbilder. Für die EU sollte das Leitbild einer Friedensmacht bestimmend sein. Diesem kann die EU aber nur entsprechen, wenn es ihr gelingt, ein angemessenes Instrumentarium zur Konfliktbearbeitung aufzubauen und in ein integriertes Konzept für Krisenbewältigung und Konfliktverhütung einzubinden. Dieses Konzept müsste von zwei Grundsätzen ausgehen: Der Schwerpunkt der künftigen ESVP liegt auf den zivilen Aspekten der Krisenbearbeitung, und im Falle von Zwangsmaßnahmen wird strikt auf der Grundlage des geltenden Völkerrechts gehandelt.

4.3. Interessen statt Identitätspolitik – Minderheitenkonflikte in den EU-Beitrittsstaaten (Bruno Schoch)

Entgegen einer gängigen Lesart erzeugt ethnische Differenz nicht per se Gewalt, und entgegen nationalen Kontinuitätslegenden zeugen nationale Minderheiten weder vom unvollendeten Nationalstaat, noch sind sie verhinderte Nationen. Seit die maßgeblichen westlichen Staaten verstärkt auf dem wirksamen Schutz nationaler Minderheiten insistieren, geht die Zahl ethno-politischer Gewaltkonflikte zurück. Die EU verlangt seit dem Balladur-Plan von ihren Beitrittskandidaten, dass sie Grenzstreit vertraglich beilegen und Minderheiten schützen. Die ersten zwölf Beitrittsländer sind dieser Forderung bisher weitgehend nachgekommen. Sorgenkinder bleiben Lettland, Rumänien, die Slowakei und der Sonderfall Zypern, außerdem gibt die Lage der Roma vielfach zu Klagen Anlass. Gleichwohl kann sich die Bilanz durchaus sehen lassen, was keineswegs zu erwarten war.

4.4. Offene Konflikte im ehemaligen Jugoslawien (Jochen Hippler)

Das Konfliktbündel auf dem Balkan ist weiterhin ungelöst, wie die seit Februar 2001 anhaltende Mazedonien-Krise noch einmal unterstreicht. Trotz erster ermutigender Anzeichen für eine friedliche und konstruktive Entwicklung befinden sich die meisten Länder des ehemaligen Jugoslawien noch in einem labilen Schwebestadium – Frieden und Stabilität ist trotz der militärischen Präsenz der Staatengemeinschaft in Bosnien und im Kosovo noch nicht erreicht. Zwar sind das engagierte Krisenmanagement u.a. des außenpolitischen EU-Koordinators Solana und die Initiativen im Rahmen des Balkan-Stabilitätspakts ermutigend; die Achillesferse besteht jedoch darin, dass vor allem für Bosnien und den Kosovo eine dauerhafte Konfliktlösung und konsensuale Politikstrukturen noch nicht erkennbar sind. Das wiederholte Aufflammen der Gewalt in Mazedonien verheißt jedenfalls nichts Gutes.

4.5. Manipulation oder Symbiose? – Medien und politische PR im Kosovokrieg (Jochen Hils)

Zeitweilig schien es während des Kosovokrieges, die NATO werde den Krieg in den Medien "verlieren". Ihre Öffentlichkeitsarbeit hinkte dem serbischen Fernsehen hinterher, das ein nahezu vollständiges Monopol auf Bilder aus dem Kosovo hatte. Das Militärbündnis zog die Notbremse und übertrug die Außendarstellung des Krieges einem Team von PR-Experten. In den Mitgliedsstaaten versuchten die Regierungen, ihre Sichtweisen in die Medien zu bringen und kritische Stimmen ins Abseits zu drängen. Die Kosovoberichterstatterung hat gezeigt, dass in Kriegszeiten eine Gegenöffentlichkeit nur dann hergestellt werden kann, wenn die Kritiker militärischer Gewaltanwendung ihrerseits lernen, strategisch ausgerichtete PR zu betreiben. Darin liegt für die Öffentlichkeit die zentrale Herausforderung. Wenn sie gemeistert wird, ist es um die demokratische Kontrolle militärischer Interventionspolitik in Zukunft nicht schlecht bestellt.

4.6. Osteuropa in der NATO-Erweiterungsfalle (Andreas Heinemann-Grüder)

Nach Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn streben mindestens neun weitere osteuropäische Staaten in die NATO, deren Armeen sich seit einer Dekade in einem weitreichenden Umstrukturierungsprozess befinden. Da es kein gesamtregionales Sicherheitsproblem gibt, fehlt es jedoch an der Notwendigkeit einer paneuropäischen Militärallianz. Die NATO-Erweiterung liegt hauptsächlich im Selbsterhaltungsinteresse der osteuropäischen Militärs, trägt zur Abgrenzung gegenüber Russland bei und gibt keine Antwort auf die tatsächlichen Sicherheitsgefährdungen dieser Länder wie ökonomische Krisen, Kriminalität, ethnische Konflikte. Da die meisten NATO-Aspiranten zugleich EU-Anwärter sind, sollte anstelle einer kurzschlüssigen NATO-Erweiterung im Rahmen der GASP und gemeinsam mit den Osteuropäern Sinn und Zweck europäischer Sicherheitskooperation näher bestimmt werden.

4.7. Ein Jahr Putin – Wo steht Russland? (Sabine Fischer)

Der neue russische Präsident hat etliche Reformen initiiert. Die Verabschiedung der neuen Steuergesetzgebung kann Vorteile für die wirtschaftliche Entwicklung Russlands bringen. Die Veränderungen, die am föderalen Staatsaufbau vorgenommen wurden, bergen die Gefahr einer weiteren Zentralisierung. Die Beziehungen Putins zu den Oligarchen haben sich noch nicht geklärt. Einige von ihnen sind mit dem Staat in Konflikt geraten, andere werden nach wie vor geschont. Das Vorgehen gegen Gussinski ist als Repression gegen die in seinem Imperium zusammengeschlossenen kritischen Medien zu werten. Dies wirft – wie auch der andauernde Tschetschenienkrieg – ein schlechtes Licht auf die derzeitige Menschenrechtspolitik Russlands. Da Putin sich jedoch nach außen offen gibt, sollten Westeuropa und die USA ihre Kommunikation mit Russland aufrecht erhalten.

4.8. Die OSZE am Scheideweg (Wolfgang Zellner)

Im November 2000 ging zum ersten Mal seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation ein Ministerratstreffen der OSZE ohne Abschlusserklärung zu Ende. Die Gründe für dieses Scheitern sind über strittige Regionalkonflikte hinaus in einer Entfremdung der Russischen Föderation von der OSZE zu suchen. Aus russischer Sicht ist die Kosovo-Verifizierungsmission zur Vorbereitung des NATO-Luftkriegs gegen Jugoslawien missbraucht worden. Diesen Vertrauensverlust auszugleichen und Russland wieder fester in die Organisation einzubinden, stellt derzeit die wichtigste politische Aufgabe im OSZE-Kontext dar, deren Lösung allerdings auch russische Kooperationsbereitschaft erfordert. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union werden zudem versuchen müssen, überzogen harte US-amerikanische Positionen erfolgreicher als bisher auszugleichen.

5.1. Einbindungspolitik: Die Strategie für eine Großmacht in der Bewährung (Gunther Hellmann)

Regierung und Opposition sind sich weitgehend einig, dass sich die außenpolitischen Grundorientierungen in den letzten zehn Jahren nicht signifikant verändert haben. Die ständig beschworene Kontinuität verstellt freilich den Blick darauf, wie viel sich tatsächlich verändert hat. Im außenpolitischen Diskurs, in der Art des Auftretens und in Ansätzen auch in der Substanz außenpolitischer Prioritäten zeichnen sich Verschiebungen ab, die Anlass zur Sorge geben, weil sich Deutschland dadurch in Situationen manövrieren könnte, die gewachsene Beziehungen und Institutionen unterminieren. Die Bewahrung und Fortführung der Bonner Tradition selbstbewusster Einbindungspolitik bietet die beste Gewähr dafür, dass Deutschland weiter prosperiert und die Chance der Harmonisierung ziviler euro-atlantischer Institutionen mit den rudimentären Strukturen globalen Regierens genutzt wird.

5.2. Sicherheit ohne Konzept – Die Reform der Bundeswehr auf tönernen Füßen (Reinhard Mutz)

Während der Planungsprozess zur Bundeswehrreform inzwischen abgeschlossen ist, hat die Bundesrepublik kein definiertes Sicherheitskonzept. Unter welchen Voraussetzungen und in welchen Situationen sie militärischen Handlungsbedarf sieht, bleibt unklar. Mangels realer Bedrohung liefert weder die Landes- noch die Bündnisverteidigung eine hinreichende Bemessensgrundlage für die vorgesehenen Streitkräftestärken und Rüstungsziele. Das "erweiterte Aufgabenspektrum" und die "internationalen Verpflichtungen" können die Begründungslücke nicht schließen. Beiden fehlt es an Plausibilität und Transparenz. Indem zunehmend sachfremde Indikatoren und "nationale Interessen" die Finanzierungsdebatte bestimmen, löst sich die militärische Bedarfsermittlung von sicherheitspolitisch legitimierbaren Zielen. Die Zukunft der Bundeswehr als Interventionsarmee wird festgeschrieben.

5.3. Jugendgewalt und Rechtsextremismus (Lena Inowlocki / Volker Teichert)

Rechtsextreme Gewalt unterscheidet sich im sozialen und politischen Entstehungs- und Wirkungszusammenhang von anderen Formen von Jugendgewalt und deren Ursachen, etwa an Schulen. Rechtsextremismus ist ein ideologisch motiviertes gesamtdeutsches Phänomen, das mit der Ablehnung von Minderheiten bei Jugendlichen und Erwachsenen einhergeht. Politiker fördern und nutzen Ressentiments gegen "Fremde", vor denen Politik und Staat die "eigene" Bevölkerung und Kultur schützen müssten. Rechtsextreme Gewalt wird jedoch entpolitisiert, wenn sie als sozialer Protest oder als Reaktion auf Verunsicherung durch gesellschaftliche Veränderungen erklärt wird, die sich bloß äußerlich mit politischen Parolen drapiert. Die akute Gefahr, die von rechtsextremer Gewalt ausgeht, sollte als Bruch von Moral, Recht und Gerechtigkeit und damit als Mehrheitsproblem erkannt werden.

6.1. Der Streit um die Raketenabwehr: Alle unter einen Schirm? (Götz Neuneck)

Die Debatte um den Aufbau eines landesweiten Raketenschirms zum Schutz der Vereinigten Staaten (NMD) hat an Dynamik gewonnen. Die neue Administration in Washington gibt sich entschlossen, das Vorhaben zu verwirklichen. Russland und China lehnen das Projekt weiterhin ab, lassen aber Gesprächsbereitschaft erkennen. In Europa herrscht die Warnung vor einer einseitigen Aufkündigung des ABM-Vertrages vor, der ein raumdeckendes Abwehrsystem verbietet. Zugleich werden die Stimmen lauter, die für ein bündnisweites Raketenabwehrkonzept eintreten. Angesichts der Vielzahl fortbestehender technologischer, finanzieller und politischer Unwägbarkeiten handelt es sich nach wie vor um eine hochspekulative Diskussion. Sie verstellt den Blick auf das bisher unzureichend genutzte rüstungskontrollpolitische Instrumentarium zur Eindämmung von Proliferationsrisiken.

6.2. Deutsche Abrüstungshilfe für russisches Waffenplutonium – Ein Plädoyer (Annette Schaper)

Die internationale Staatengemeinschaft hat Deutschland aufgefordert, bei der Entsorgung russischen Waffenplutoniums finanziell und materiell zu helfen. Diese wird vor allem auf der umstrittenen MOX-Technologie aus Hanau basieren. Die Alternative wäre die Keramisierung, bei der man das Plutonium mit radioaktivem Glas vermischt. Das lehnen die Russen jedoch ab. Nichtkernwaffenstaaten sind vor allem daran interessiert, diesen technischen Prozess transparent zu gestalten, um den Fortschritt der nuklearen Abrüstung zu dokumentieren. Transparenz ist eine entscheidende Voraussetzung für eine kernwaffenfreie Welt. Eine deutsche Beteiligung bietet die historische Chance, hier Einfluss zu gewinnen. Allerdings hat die Ablehnung der Hanauer MOX-Fabrikation in Deutschland Tradition. Immerhin wird es möglich sein, die Keramisierung in Russland zu fördern.

6.3. Wann beginnt die Ratifizierung des angepassten KSE-Vertrags? (Hans-Joachim Schmidt)

Russland muss die Ende 1999 vereinbarten Flankenlimits einhalten, bevor der Ratifikationsprozess beginnen kann. Bis zur KSE-Überprüfungskonferenz Ende Mai 2001 will Putin die Truppen in Tschetschenien entsprechend vermindern. Doch ist die Einlösung dieses Versprechens fraglich, da eine politische Lösung des Tschetschenienkrieges noch nicht in Aussicht steht. Zudem ist ungewiss, ob der US-Senat dann die Vereinbarung ratifiziert. Da die NATO schon Mitte 2002 über die Aufnahme neuer Mitglieder entscheiden will, fehlt dann der neue konventionelle Rüstungskontrollvertrag, mit dem die wachsende militärische Flexibilität der Allianz eingehegt werden kann. Die europäischen Regierungen müssen sich daher sowohl in Moskau als auch in Washington für die baldige Inkraftsetzung des Regimes nachdrücklich einsetzen.

6.4. Waffenembargos und Kleinwaffenkontrolle – Herausforderungen an die Vereinten Nationen (Sami Faltas / Simone Wisotzki)

Bislang sind Waffenembargos selten erfolgreich gewesen. Eine Debatte um "schlaue", d.h. gezieltere und genauer überprüfbare Sanktionen der VN wird begleitet von Bemühungen der VN und internationaler NGOs, Übereinkünfte und Maßnahmen für die wirksamere Kontrolle der weltweit verheerenden Kleinwaffen zu treffen. Im Juli 2001 findet in New York eine VN-Konferenz statt, die ein Aktionsprogramm zur Bekämpfung des unkontrollierten Kleinwaffenhandels beschließen soll. Auch einige regionale Initiativen stimmen hoffnungsvoll. Die VN-Konferenz soll u.a. dazu dienen, diese Initiativen zu stärken. Waffenembargos bleiben in Konfliktsituationen ein wichtiges Instrument der Deeskalation. Damit sie wirken können, müssen Staaten sie besser umsetzen. Eine im VN-Sekretariat angesiedelte Sanktionseinheit könnte dem Sicherheitsrat beratend zur Seite stehen.

6.5. Deutsche Rüstungsexportpolitik: Mehr Waffen und mehr Transparenz (Michael Brzoska / Bernhard Moltmann)

Entgegen den Erwartungen nach der Bildung der rot-grünen Koalition im Herbst 1998 sind die deutschen Rüstungsexporte deutlich angestiegen und werden vermutlich weiter steigen. Die neuen "Politischen Grundsätze" haben, wie aktuelle Auseinandersetzungen um einzelne Rüstungsgeschäfte zeigen, bisher nur wenig eindämmende Wirkung gehabt. Allerdings hat die Bundesregierung durch die Veröffentlichung des ersten Jahresberichtes zum Rüstungsexport im Herbst 2000 die Transparenz deutlich erhöht. Wie die Praxis anderer EU-Staaten zeigt, gibt es aber noch beträchtlichen Spielraum für Verbesserungen. Die deutsche Rüstungsexportpolitik steht zudem vor neuen Herausforderungen, für die noch schlüssige Antworten gefunden werden müssen, etwa durch die Verkleinerung der Bundeswehr, die wachsende europäische Integration der Rüstungsindustrie und neue Schwerpunkte in der Entwicklungspolitik.